

Protokollauszug

aus der
22. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversamm-
lung der Landeshauptstadt Potsdam
vom 25.08.2021

öffentlich

Top 7.25 Entwicklung einer Beteiligungsstrategie im STEK Verkehr der LHP

**21/SVV/0644
geändert beschlossen**

Der **Ausschuss für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung** empfiehlt, dem Antrag **zu-**
zustimmen.

Der **Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität** empfiehlt, dem Antrag mit folgender Ergän-
zung im 2. Absatz **zuzustimmen:**

...

Auf der Grundlage einer Analyse der Potsdamer Bevölkerungsstruktur und unter Einbindung re-
levanter Akteure, z.B. in einer AG STEK Verkehr, sollen dabei Schlüsselzielgruppen definiert wer-
den. Zu berücksichtigen sind hierfür sozioökonomische Faktoren, **Menschen mit Behinderung
und/oder Migrationshintergrund** und Genderdimensionen. Direkte Beteiligungsformate sollten
zielgruppenspezifisch und zielgruppengerecht sein, wie es bei der Beteiligung von Kindern und
Jugendlichen notwendig ist.

...

Abstimmung:

Die vom Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität empfohlene Ergänzung wird

mit Stimmenmehrheit angenommen.

Anschließend wird der so ergänzte Antrag zur Abstimmung gestellt:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, im Rahmen der Fortschreibung des Stadtentwick-
lungs-konzepts (STEK) Verkehr der LHP eine geeignete Strategie zu entwickeln, wie unter-
schiedliche Bevölkerungsgruppen bei der weiteren Mobilitätsentwicklung Potsdams an-
gemessen und bedürfnisorientiert berücksichtigt werden können.

Auf der Grundlage einer Analyse der Potsdamer Bevölkerungsstruktur und unter Einbin-
dung relevanter Akteure, z.B. in einer AG STEK Verkehr, sollen dabei Schlüsselzielgrup-
pen definiert werden. Zu berücksichtigen sind hierfür sozioökonomische Faktoren, Men-
schen mit Behinderung und/oder Migrationshintergrund und Genderdimensionen. Direkte
Beteiligungsformate sollten zielgruppenspezifisch und zielgruppengerecht sein, wie es bei
der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen notwendig ist.

Darüber hinaus soll geprüft werden, wie die Aspekte des Gender Planning angewendet werden können. Eine Berichterstattung zur geplanten Vorgehensweise soll im November 2021 erfolgen.